

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. Dezember 1998**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	12	Dr. Mayer, Martin (Siegersbrunn) (CDU/CSU)	3, 68
Breuer, Paul (CDU/CSU)	13	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	66, 67
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	17, 18	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	61, 62
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	1, 16	Niebel, Dirk (F.D.P.)	57, 58
Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	63, 64	Ostrowski, Christine (PDS)	36, 37
Gehrcke-Reymann, Wolfgang (PDS)	38, 39	Otto, Norbert (Erfurt) (CDU/CSU)	22, 23
Girisch, Georg (CDU/CSU)	6, 7	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	5, 46
Dr. Götzer, Wolfgang (CDU/CSU)	53, 54	Pofalla, Ronald (CDU/CSU)	50
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	34, 35	Dr. Rössel, Uwe-Jens (PDS)	71, 72
Helias, Siegfried (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	20, 21
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	28, 29	Sebastian, Wilhelm Josef (CDU/CSU)	4, 65
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	8, 9	Siemann, Werner (CDU/CSU)	14, 15
Dr. Hoyer, Werner (F.D.P.)	44, 45	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	59, 60
Kalb, Bartholomäus (CDU/CSU)	30, 31	Störr-Ritter, Dorothea (CDU/CSU)	24, 25
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar (CDU/CSU)	32, 33	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	19
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	51, 52	Wolf, Aribert (CDU/CSU)	10, 40
Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	47, 48	Wright, Heidemarie (SPD)	69, 70
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	11, 41	Zeitlmann, Wolfgang (CDU/CSU)	55, 56
Lenke, Ina (F.D.P.)	42, 43	Zierer, Benno (CDU/CSU)	2, 49

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

- | | |
|--|---|
| 1. Abgeordneter
Thomas
Dörflinger
(CDU/CSU) | Gilt die im Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz jetzt getroffene Neuregelung der Kindergeldzahlungen für Grenzgänger, nach der der Differenzbetrag zu den von der Schweiz gezahlten Werten durch die deutsche Kindergeldkasse ausgeglichen wird, auch für künftige durch schweizer Gesetzgebung bedingte Änderungen für die deutschen Grenzgänger, wie etwa die Pläne im Züricher Kantonalparlament, nach denen das Kindergeld für ausländische Arbeitnehmer, die nicht dauernd in der Schweiz leben, um rund 20 Prozent gesenkt werden soll? |
| 2. Abgeordneter
Benno
Zierer
(CDU/CSU) | Entspricht es nach Kenntnis der Bundesregierung geltendem Recht, daß Eltern für ihren 18jährigen Sohn in der Zeit von Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. von Beendigung seiner Ausbildung an bis zum freiwilligen Eintritt des 18jährigen in die Bundeswehr als Soldat auf Zeit für vier Jahre (SaZ 4) kein Kindergeld erhalten, und sieht die Bundesregierung ggf. Veränderungsbedarf dahin, daß in diesen Fällen des freiwilligen Dienstes von 18jährigen für einen ggf. näher zu bestimmenden Zeitraum über die Vollendung des 18. Lebensjahres bzw. die Beendigung der Ausbildung hinaus Kindergeld gewährt wird? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

- | | |
|---|---|
| 3. Abgeordneter
Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU) | Auf welche konkreten Fakten und amtlichen Äußerungen stützt sich die Bundesregierung, wenn sie die Verwendung von hochangereichertem Uran als Brennstoff im Forschungsreaktor München II (FRM II) als hoch problematisch und außenpolitisch bedenklich ansieht? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

4. Abgeordneter
**Wilhelm Josef
Sebastian**
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung im Rahmen der Beteiligung des Bundes an den Baukosten über den Stand der Vorbereitungen zum Bau des Arp-Museums in Remagen-Rolandseck angesichts widersprüchlicher Aussagen des Landes Rheinland-Pfalz und der Arp-Stiftung über den möglichen Baubeginn, und wie wirkt sich eine mögliche Änderung des Zeitpunktes des Baubeginns auf die haushaltsmäßige Bereitstellung der Bundesmittel aus?
5. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorschlag, die Medienaufsicht neu zu organisieren und anstelle von 15 Landesmedienanstalten einen einheitlichen Kommunikationsrat von Bund und Ländern einzurichten, und welche Schritte plant sie ggf. zur Umsetzung dieses Vorhabens?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

6. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)
- Welche Verfahren sind derzeit beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) anhängig, die geeignet sind, nach Abschluß zu einem Sozialleistungstransfer von Deutschland in die EU-Partnerstaaten zu führen?
7. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU)
- Bei welchen der vom EuGH entschiedenen Sozialleistungstransfers aus Deutschland in die EU-Partnerstaaten besteht nach Auffassung der Bundesregierung eine besondere Mißbrauchsgefahr?
8. Abgeordneter
**Klaus
Hofbauer**
(CDU/CSU)
- Welche Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs haben in den vergangenen 15 Jahren einen Export von Sozialleistungen von Deutschland in die EU-Partnerstaaten begünstigt?

- | | |
|---|---|
| 9. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Export von Sozialleistungen von Deutschland in die EU-Partnerstaaten in den zurückliegenden 15 Jahren, und welche Entwicklung erwartet sie für die kommenden Jahre? |
| 10. Abgeordneter
Aribert
Wolf
(CDU/CSU) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung das Potential von zuwandernden Arbeitskräften, falls mit der geplanten EU-Osterweiterung zugleich die Freizügigkeit beschlossen wird?* |
| 11. Abgeordneter
Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU) | Mit welchen Maßnahmen bekämpft die Bundesregierung den unrechtmäßigen Bezug von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe, und welche zu Unrecht ausgereichten Leistungen konnten bisher zurückerlangt werden? |
| 12. Abgeordneter
Dietrich
Austermann
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen auf die statistisch erfaßte Zahl der Beschäftigten in Deutschland, auf die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und die Arbeitslosenquote wird die von der Bundesregierung geplante Änderung bei den sog. 620-DM-Jobs haben? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|---|---|
| 13. Abgeordneter
Paul
Breuer
(CDU/CSU) | Ist es richtig, daß die noch im Sommer 1998 vom heutigen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Walter Kolbow, MdB, abgegebene Garantie für den Erhalt aller Standorte der Bundeswehr für die Dauer von vier Jahren durch den Bundesminister der Verteidigung dahin gehend wieder aufgehoben worden ist, daß nach dem Ende der Arbeit der Kommission „Zukunft der Bundeswehr“ voraussichtlich im Herbst 2000 neue Entscheidungen zur Struktur der Bundeswehr getroffen werden, die notwendigerweise die Schließung von Standorten zur Folge haben? |
|---|---|

* s. hierzu auch Frage 40

14. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Käme die von der Bundesregierung einzusetzende Kommission Zukunft der Bundeswehr in einem Globalgutachten zu dem Ergebnis, daß die Bundeswehr um 100 000 Soldaten und ca. 40 000 zivile Mitarbeiter schrumpfen soll, würde das dann bedeuten, daß weitere Standorte zu schließen seien, und wie gedenkt die Bundesregierung die daraus resultierenden wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen für Soldaten und zivile Mitarbeiter sowie deren Familienangehörige und für die Kommunen zu lösen?
15. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, wegen der Schließung vieler Standorte die Reform bereits auf 1999 vorzuziehen oder soll damit bis nach der Bundestagswahl im Jahre 2002 gewartet werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

16. Abgeordneter
Thomas Dörflinger
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorstoß des Regionalverbands Hoahrhein-Bodensee im Benehmen mit der Industrie- und Handelskammer Konstanz, die restlichen einbahnig zu bauenden Abschnitte der BAB 98 (Hochrhein-Autobahn) privat vorzufinanzieren, einerseits im Hinblick auf die generelle Realisierung und andererseits im Hinblick auf eine mögliche Entlastung des Haushalts des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen?
17. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Ist die Ankündigung der Bundesregierung, den Bau der A 17 zwischen Dresden und Tschechien zu überprüfen, dahin gehend zu verstehen, daß die A 17 trotz bereits begonnener Baumaßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan möglicherweise wieder gestrichen werden soll?
18. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Bis wann wird die von der Bundesregierung angekündigte Überprüfung von Alternativen zu den bisherigen Verkehrsplanungen, wie z. B. der „Sachsen-Magistrale“ (Chemnitz — Plauen — Nürnberg), abgeschlossen sein?

-
- 19. Abgeordneter
Peter
Weiß
(Emmendingen)
(CDU/CSU)**
- Für welche Projekte des Vordringlichen Bedarfs des Bundesverkehrswegeplans steht bereits fest, daß sie bei der geplanten Fortschreibung des Planwerks entfallen oder abgestuft werden, nachdem der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Lothar Ibrügger, laut Bericht der Badischen Zeitung vom 26. November 1998 bei einem Besuch in Freiburg im Breisgau erklärt hat, daß eine ganze Reihe von Projekten von der neuen Bundesregierung gestrichen werden?
- 20. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen der Eisenbahnstrecken Nürnberg — München — Salzburg — Wien beziehungsweise Nürnberg — Regensburg — Passau — Wien, im nächsten Jahrhundert ICE-Hauptstrecken zu werden?
- 21. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU)**
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Eisenbahnvermögen, vor allem die Immobilien, zu 51 Prozent im Bundesbesitz zu belassen, und welche Auskunft kann die Bundesregierung zu den Konditionen und den Bietern hinsichtlich des Verkaufs der restlichen 49 Prozent der Gesellschaftsanteile am Bundeseisenbahnvermögen geben?
- 22. Abgeordneter
Norbert
Otto
(Erfurt)
(CDU/CSU)**
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit (VDE) Nummer 8 (ICE-Neubaustrecke Nürnberg — Erfurt — Leipzig — Berlin) in demselben Zeitraum und auf der vorgesehenen Trasse fortzuführen und fertigzustellen, wie es von der vorangegangenen Bundesregierung vorgegeben wurde, und wenn ja, ist sie dann bereit, sich ohne Einschränkung von der in den Anträgen der Fraktion der SPD (Drucksache 13/7081) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/4139) enthaltenen Ablehnung des VDE-Projektes Nummer 8 zu distanzieren?
- 23. Abgeordneter
Norbert
Otto
(Erfurt)
(CDU/CSU)**
- Sieht die Bundesregierung bei einer Ablehnung des Baus der ICE-Trasse über Erfurt (VDE Nummer 8) oder einer Änderung der Streckenführung, die dann nicht mehr die Thüringer Landeshauptstadt einschließt, einen Widerspruch zu den Aussagen von Bundesminister Franz Müntefering, der in der Aussprache zur

Regierungserklärung am 12. November 1998 sowie am 18. November 1998 im Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen eine zügige Fortführung der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit in Aussicht gestellt hat?

24. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für den weiteren Ausbau der Bahnstrecken in Baden-Württemberg aus dem Ergebnis der Volksabstimmung in der Schweiz vom 29. November 1998, mit dem nunmehr definitiv die Finanzierung des neuen 57 km langen Gotthardtunnels und des neuen 36 km langen Lötschbergtunnels für den Schienenverkehr gesichert wurde, um von deutscher Seite her eine Verbesserung des Anschlusses für den alpenquerenden Güterverkehr auf der Schiene zu gewährleisten?

25. Abgeordnete
**Dorothea
Störr-Ritter**
(CDU/CSU)

Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um für Straßengüterverkehr aus den Niederlanden und Norddeutschland, der zur Alpenquerung die schweizerischen Schienenstrecken nutzen will, bereits außerhalb Baden-Württembergs bzw. im jeweiligen Heimatland Umschlaganlagen von der Straße auf die Schiene einzurichten bzw. auf deren Einrichtung hinzuwirken?

26. Abgeordneter
**Siegfried
Helias**
(CDU/CSU)

Welche finanziellen Mittel wurden dem Berliner Senat im Rahmen des Wasserstraßenprojektes Hannover — Magdeburg — Berlin (Projekt Deutsche Einheit Nr. 17) überwiesen?

27. Abgeordneter
**Siegfried
Helias**
(CDU/CSU)

Welche Auflagen waren mit der Mittelüberweisung verbunden, und wie übt der Bund die Kontrolle über die Verwendung aus?

28. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Will die Bundesregierung an der Vereinbarung zwischen dem ehemaligen Bundesminister für Verkehr, Matthias Wissmann, und dem Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Edmund Stoiber, vom Oktober 1996 festhalten, wonach erst im Jahre 2000 „nach einschlägigen Untersuchungen“ über Einzelheiten des Donauausbaus zwischen Straubing und Vilshofen entschieden wird, oder gilt jetzt

schon, daß grundsätzlich ohne Abwarten der Ergebnisse ein Bau von Staustufen nicht zugelassen wird?

29. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Donauhäfen Straubing-Sand und Deggendorf wegen Niedrigwasser durch Schiffe nur teilweise angefahren werden konnten und im Jahre 1997 an 42 Tagen ein Schiffsverkehr auf der Donau überhaupt nicht möglich war, bzw. die Schiffe in diesem Streckenabschnitt nur teilweise beladen verkehren konnten, und was will sie hiergegen tun?

30. Abgeordneter
**Bartholomäus
Kalb**
(CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung technisch den weiteren Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen vor, und an wieviel Tagen des Jahres soll die Donau schiffbar sein?

31. Abgeordneter
**Bartholomäus
Kalb**
(CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung aller bisher tätigen Sachverständigen, daß die vom Bund Naturschutz angegebenen Kosten für einen flußbaulichen Ausbau in Höhe von ca. 300 Mio. DM „jeglicher Grundlage entbehren“ und vielmehr zwischen einer staugeschützten Lösung und der flußbaulichen Variante kein signifikanter Kostenunterschied, bei jeweils ca. 1,3 Mrd. DM, liegt?

32. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Dietmar
Kansy**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung die Verlautbarung des Deutschen Mieterbundes vom 26. November 1998 bestätigen, wonach „eine konkrete Aussage der neuen Bundesregierung“ vorliege, das Wohngeld noch in 1999 zu erhöhen, und falls ja, in welcher Form hat die Bundesregierung einen solchen Beschluß gefaßt, den der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Franz Müntefering, in seinem Bericht vom 18. November 1998 an den Ausschuß für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen über sein Arbeitsprogramm noch nicht erwähnte?

33. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Dietmar
Kansy**
(CDU/CSU)

Bezieht sich die in einer dpa-Meldung vom 26. November 1998 zitierte Ankündigung des Bundesministers, über die Höhe einer Wohngeldanpassung müsse noch gestritten werden, auf Beratungs- und Entscheidungsbedarf innerhalb der Bundesregierung und/oder mit den

Länderfinanzministern, und ist damit ein Abgehen von noch vor der Bundestagswahl von maßgeblichen Mitgliedern der neuen Bundesregierung vertretenen Forderungen verbunden, zuerst einen konkreten Gesetzentwurf durch die Bundesregierung vorzulegen?

34. Abgeordneter
Norbert
Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU)

Inwieweit wird der Standort Bonn durch die Konsequenzen des Organisationserlasses des Bundeskanzlers vom 27. Oktober 1998, mit dem der Bereich Technologie aus dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie in das bisherige Bundesministerium für Wirtschaft eingliedert wird (Ziffer II) sowie durch die Übertragung der Zuständigkeiten aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für die indirekte Forschungsförderung, für die Förderung technologieorientierter Unternehmensgründungen und für die angewandte Energieforschung (Ziffer VI) geschwächt, da hiermit ein Politikbereich, der laut Berlin-Bonn-Vertrag in Bonn verbleiben sollte, jetzt einem „Berlin-Ressort“ angehört, und wie viele Arbeitsplätze sind von dieser Entscheidung betroffen?

35. Abgeordneter
Norbert
Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU)

Welchen Zeitpunkt sieht die Bundesregierung für die im Berlin-Bonn-Vertrag festgelegte Verlagerung der Außenstelle des Bundesamtes für Strahlenschutz sowie der Außenstelle der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe nach Bonn vor, angesichts des Berichtes zum Stand der Vorkehrungen zur Unterbringung der Verfassungsorgane des Bundes in Berlin und zur Möglichkeit der Arbeitsaufnahme bereits im Herbst 1999 vom 18. November 1998, in dem es heißt, für beide Verlagerungen lägen noch keine genehmigten Bauaufträge vor, und in welchen Liegenschaften sollen die Außenstellen untergebracht werden?

36. Abgeordnete
Christine
Ostrowski
(PDS)

Trifft es nach Kenntnis und Prüfung der Bundesregierung zu, daß bei Subunternehmen auf Baustellen des Bundes in der Hauptstadt Berlin weit unter dem Tariflohn liegende Löhne gezahlt werden, und welche Maßnahmen trifft die Bundesregierung ggf., damit dies sofort unterbunden wird?

37. Abgeordnete
Christine Ostrowski
(PDS)
- Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die im Mietenbericht 1997 festgestellten „weiterhin hohen Zuwächse bei der sogenannten zweiten Miete“, und welche Überlegungen hat sie – auch angesichts der ökologischen Steuerreform – dieser steigenden Tendenz der Mietnebenkosten Einhalt zu gebieten?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

38. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke-Reymann
(PDS)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdungspotentiale für Mitglieder der OSZE-Beobachtermision (OSZE: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) im Kosovo auf der serbischen Seite, auf der albanischen Seite oder auf anderen Seiten, und welche Rolle spielt dabei die Möglichkeit einer Provokation, um die NATO-Truppen in Makedonien oder überhaupt zum Einsatz zu veranlassen?
39. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke-Reymann
(PDS)
- Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung von albanischer Seite, insbesondere der UCK, Zusicherungen und Garantien gegenüber der OSZE-Beobachtermision, die denen der serbischen Seite vergleichbar sind?
40. Abgeordneter
Aribert Wolf
(CDU/CSU)
- Zu welchem Zeitpunkt hält die Bundesregierung die Verwirklichung der Freizügigkeit für die Beitrittskandidaten der Europäischen Union aus Osteuropa für realistisch?*
41. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die in der Resolution Nr. 562 vom 13. Oktober 1998 zum Ausdruck gebrachte Auffassung des Repräsentantenhauses der USA, daß alle mittel- und osteuropäischen Regierungen das Eigentum, das unter totalitärer Herrschaft widerrechtlich und ohne Entschädigung enteignet worden ist, so rasch wie möglich zurückzugeben haben oder die Eigentümer unverzüglich, gerecht und wirksam finanziell zu entschädigen haben sowie jene Regelungen aufzuheben haben, die die Rückgabe oder Entschädigung begrenzen, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihre Politik gegenüber den Staaten Ostmittel- und Osteuropas aus dieser Auffassung des US-Repräsentantenhauses?

* s. hierzu auch Frage 10

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

42. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.)
- Welche Revisionen an der Reform des Bundesgrenzschutzes (BGS) werden von der Bundesregierung, vor dem Hintergrund einer entsprechenden Ankündigung des jetzigen Bundesministers des Innern, Otto Schily, im Wahlkampf (vgl. Goslarsche Zeitung vom 1. Juli 1998), bezüglich der Standorte vorgenommen, und soll beispielsweise der Standort Goslar erhalten bleiben?
43. Abgeordnete
**Ina
Lenke**
(F.D.P.)
- Wie soll die von Bundesminister Otto Schily in der gleichen Ausgabe angekündigte „Umsetzungspause“ der BGS-Reform ausgestaltet werden?
44. Abgeordneter
**Dr. Werner
Hoyer**
(F.D.P.)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 29. Januar 1998, derzufolge es im Gegensatz zur Rechtsauffassung des Landes Nordrhein-Westfalen verfassungsgemäß war, den BGS gesetzlich mit den Aufgaben der Luftsicherheit zu betrauen, insbesondere an den nordrhein-westfälischen Großflughäfen Köln und Düsseldorf umzusetzen, und woran ist bisher der Übergang der Wahrnehmung der Luftsicherheitsaufgaben von der Landespolizei Nordrhein-Westfalen auf den Bundesgrenzschutz (BGS) gescheitert?
45. Abgeordneter
**Dr. Werner
Hoyer**
(F.D.P.)
- Wie viele Polizeivollzugsbeamte werden für die Wahrnehmung dieser Aufgaben benötigt, und inwiefern ist dieser Personalbedarf bei der Strukturreform des BGS berücksichtigt worden?
46. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu der soeben in einer „Argumentations- und Entscheidungshilfe“ der katholischen Bischofskonferenz wiedergegebenen Auffassung, wonach die Aufnahme von Flüchtlingen in den Räumen von Kirchengemeinden auch dann legitim sein könne, wenn zuvor vor einem Gericht eine rechtskräftige Ausweisverfügung ergangen ist, und sieht sie insoweit Handlungsbedarf?

47. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Warum hat die Bundesregierung unter Außerachtlassung einer im Februar 1998 zwischen dem damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Wolfgang Schäuble und dem Sächsischen Ministerpräsidenten Professor Dr. Kurt Biedenkopf getroffenen Vereinbarung, die die Erstellung eines neutralen Gutachtens vorsah, so kurzfristig die Schließung der Außenstelle Leipzig des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) zum Jahre 2005 beschlossen?
48. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU)
- Bedeutet dieser Beschluß, daß die Außenstelle des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie in Leipzig in vollem Umfang bis zum Jahre 2005 erhalten bleibt oder wird bereits in den nächsten Jahren mit dem schrittweisen Personalabbau und Aufgabenentzug begonnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

49. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)
- Welche Planungen der Bundesregierung bestehen dahin, durch Erweiterung bzw. Ergänzung des § 266 Strafgesetzbuch, einer anderen Bestimmung oder durch Schaffung einer neuen Strafvorschrift die Verschwendung von Steuergeldern durch hoheitlich handelnde Personen tatbestandlich wirksam einzufangen?
50. Abgeordneter
**Ronald
Pofalla**
(CDU/CSU)
- Auf der Grundlage welcher Ergebnisse von Untersuchungen/Umfragen kommt die Bundesministerin der Justiz zu der Feststellung, „daß in deutschen Familien noch nie soviel geschlagen worden sei, wie jetzt“ (ADN vom 11. November 1998, 09.21 Uhr)?
51. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung entsprechend der Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf eine Streichung von § 179 des Strafgesetzbuches (StGB; Sexueller Mißbrauch widerstandsunfähiger Personen) hinzuwirken, obwohl im

Bericht des Rechtsausschusses der 13. Wahlperiode (Drucksache 13/9064, S. 13) ausdrücklich festgestellt wird, daß § 179 StGB einen zusätzlichen Strafschutz darstellt, der § 177 StGB im Interesse behinderter Menschen sinnvoll ergänzt, weshalb § 179 StGB neben dem neugefaßten § 177 StGB beibehalten werden solle, um möglicherweise noch verbleibende Strafbarkeitslücken zu schließen?

**52. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU)**

Beabsichtigt die Bundesregierung, entgegen der Aufforderung des Rechtsausschusses an die Bundesregierung vom 13. November 1997, nach drei Jahren zu berichten, inwieweit § 179 StGB nach der Neufassung des § 177 StGB noch einen Anwendungsbereich in der gerichtlichen Praxis hat, vor Ablauf dieser Dreijahresfrist eine Streichung von § 179 StGB herbeizuführen, und wird derzeit eine Umfrage durchgeführt, ob § 179 StGB neben den Tatbeständen gegen die sexuelle Nötigung (§ 177 Abs. 1 StGB) noch eine Berechtigung hat?

**53. Abgeordneter
Dr. Wolfgang
Götzer
(CDU/CSU)**

Auf der Grundlage welcher Ergebnisse von Untersuchungen/Umfragen kommt die Bundesministerin der Justiz zu der Feststellung, „heute werden Ladendiebstähle im Wert bis 150 DM de facto in keinem Bundesland verfolgt“ (Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 30. November 1998, S. 9), und welche Einstellungskriterien nach § 153 der Strafprozeßordnung gelten für die Staatsanwaltschaften tatsächlich in den einzelnen Bundesländern?

**54. Abgeordneter
Dr. Wolfgang
Götzer
(CDU/CSU)**

Auf der Grundlage welcher Ergebnisse von Untersuchungen/Umfragen kommt die Bundesministerin der Justiz zu der Feststellung, „daß als Folge früherer Entlastungsgesetze heute 50 Prozent der erstinstanzlichen Urteile gleichzeitig letztinstanzlich seien“ (Gesprächsrunde mit Journalisten vom 10. November 1998; AP vom 11. November 1998 – 10.22 Uhr), und welche verfahrensbedingenden Umstände gelten tatsächlich, daß erstinstanzliche Entscheidungen vielfach zugleich letztinstanzliche Entscheidungen sind?

55. Abgeordneter
**Wolfgang
Zeitmann**
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung in Anwendung der bestehenden internationalen Vereinbarungen zur Bekämpfung des Terrorismus, die eine Durchführung von Prozessen gegen gefährliche Gewalttäter in Drittländern möglich machen, bei Regierungen anderer Staaten um eine Durchführung des Verfahrens im Fall Abdullah Öcalan nachgesucht, und wenn ja, bei welchen?
56. Abgeordneter
**Wolfgang
Zeitmann**
(CDU/CSU)
- Erwartet die Bundesregierung auf Grund der von ihr bisher unternommenen Schritte, daß für den von Bundeskanzler Gerhard Schröder angekündigten Prozeß gegen Abdullah Öcalan vor einem internationalen Strafgerichtshof so rechtzeitig die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die italienische Justiz ihn bis dahin festhalten darf, und wenn nicht, wie will die Bundesregierung dann verhindern, daß einer der meistgesuchten internationalen Terroristen ohne Prozeß wieder in Freiheit gesetzt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

57. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)
- Wie viele sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse wurden – vor dem Hintergrund der Ankündigung der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, in der Fragestunde am 2. Dezember 1998, das sog. Dienstmädchenprivileg abzuschaffen – in privaten Haushalten seit Einführung der steuerlichen Abzugsfähigkeit dieser Arbeitsverhältnisse geschaffen?
58. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(F.D.P.)
- Geht der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung bei der Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit dieser Arbeitsverhältnisse davon aus, daß sich der Beschäftigungsstand bei Hauswirtschafterinnen verringern wird?
59. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung an der Verringerung der deutschen Beitragszahlungen zur Europäischen Union durch Zurückführung der Strukturfonds fest?

-
- | | |
|--|---|
| 60. Abgeordneter
Johannes
Singhammer
(CDU/CSU) | In welcher Höhe sind nach 1995 und nach 1996 auch aus dem Haushaltsjahr 1997 der Europäischen Union nicht ausgegebene Strukturfondsmittel an Deutschland und andere EU-Staaten zurückgeflossen? |
| 61. Abgeordneter
Dr. Gerd
Müller
(CDU/CSU) | Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung zur Finanzierung des angekündigten neuen europäischen Beschäftigungspaktes? |
| 62. Abgeordneter
Dr. Gerd
Müller
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung an der Haltung fest, ein eigenständiges Förderziel für die „Entwicklung der ländlichen Räume“ weiterzuführen? |
| 63. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter
Friedrich
(Hof)
(CDU/CSU) | Was wird die Bundesregierung unternehmen, um zu verhindern, daß nach einer EU-Osterweiterung durch den massiven Einsatz von Fördermitteln, z. B. in Tschechien, ein neues Fördergefälle zu Lasten der deutschen Grenzregionen entsteht? |
| 64. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter
Friedrich
(Hof)
(CDU/CSU) | Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den vom Europäischen Rechnungshof zum wiederholten Male gerügten erheblichen Unregelmäßigkeiten bei der Rechnungslegung der Europäischen Union und der mißbräuchlichen Verwendung von Steuermitteln, die immerhin zu einem großen Teil aus Deutschland stammen? |
| 65. Abgeordneter
Wilhelm Josef
Sebastian
(CDU/CSU) | Ergeben sich aus der Übertragung des Geschäftsbereiches „Europapolitik“ aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie in das Bundesministerium der Finanzen (Ziffer V. a. des Organisationserlasses des Bundeskanzlers vom 27. November 1998) Übertragungen von Bereichen nach Berlin, die ursprünglich in Bonn verbleiben sollten, und wie viele Arbeitsplätze sind von der Entscheidung der Übertragung dieses Geschäftsbereiches insgesamt betroffen? |

-
- | | |
|--|--|
| 66. Abgeordneter
Hans
Michelbach
(CDU/CSU) | Ist die Veränderung der Pensionsrückstellungen mit den handelsbilanzrechtlichen Grundsätzen zu vereinbaren? |
| 67. Abgeordneter
Hans
Michelbach
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die geplante Verlängerung der steuerlichen und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit? |
| 68. Abgeordneter
Dr. Martin
Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU) | Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Internationalen Konferenz in Ottawa über die Besteuerung von Leistungen, die über das Internet erbracht wurden, und wann wird der Deutsche Bundestag über die Einzelheiten unterrichtet? |
| 69. Abgeordneter
Heidemarie
Wright
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den Betriebsvertretungen der Zivilbeschäftigten bei der US-Army nach wie vor durch Verweigerung der Regierung des Entsendestaates die Realisierung der vollen Mitbestimmungsrechte (bei Einstellungen, Eingruppierungen, Sozialplänen . . .) aussteht, und welche Unterstützungsmöglichkeiten zur Durchsetzung der vollen Mitbestimmungsrechte für die Betriebsvertretungen nach dem durch NATO-Truppenstatut und Zusatzabkommen modifizierten Bundespersonalvertretungsgesetz sieht die Regierung? |
| 70. Abgeordneter
Heidemarie
Wright
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Präsenz der Streitkräfte der US-Army in der Bundesrepublik Deutschland durch ortsansässige Zivilbeschäftigte verstärkt und begleitet werden muß, und wie unterstützt die Bundesregierung ein Beschäftigungsmoratorium, um Stellenabbau von ortsansässigen Zivilbeschäftigten, z. B. wegen Umwandlung, wegen Beschäftigung von amerikanischen Staatsbürgern bei der US-Army, insbesondere Touristen (Tourist hire), und wegen Kontraktvergabe zu verhindern? |

71. Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens
Rössel**
(PDS)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mit der vorgesehenen Übertragung der Vermögenszuordnungsaufgabe von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) auf eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) erstmals in der Bundesrepublik Deutschland eine hoheitliche Aufgabe des Bundes auf ein privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen übertragen wird?

72. Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens
Rössel**
(PDS)

Welche Auswirkungen auf Gehalt, Abfindungen und Kündigungsschutz hat die vorgesehene Einbringung der bisherigen Mitarbeiter im Vermögenszuordnungsbereich der BvS in eine GmbH?

Bonn, den 4. Dezember 1998